Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonnirt man bei den Zeitungs-Spediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher: Amt 6, Nr. 3248.

Inserate nimmt die Expedition der Zeitung und die Inseraten-Bureaux zum Preise von 40 Pfg. pro fünfgespaltene Petitzeile entgegen. Zusendungen für die Zeitung sind nicht an eine Person, sondern an die Redaktion zu adressiren. Gleichzeitige Angabe des Honorars wird erbeten. Rechtzeitige Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung. Unverlangte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 236. [38. Jahrgang.] **Sonnabend den 8. Oktober 1898.** [38. Jahrgang.] **Nr. 236.**

Berlin, den 7. Oktober.

Zur „Fleischnoth".

In einem Theil der Presse wird seit Längerem behauptet, es herrsche in Deutschland eine Fleischnoth, welche durch unnöthige, lediglich zum Vortheil der Landwirthschaft aufrecht erhaltene Grenzsperren gegen die Einfuhr ausländischen Schlachtviehes verursacht werde. Unter „Fleischnoth" kann nichts Anderes verstanden werden, als daß ein allgemein schwer empfundener Mangel an Fleisch zu beklagen sei. Wenn die Grenzsperren die Ursachen eines solchen Mangels wären, so müßte sich ein entsprechender Rückgang in der Einfuhr von Schlachtvieh und Fleisch aus dem Ausland konstatiren lassen.

Die Einfuhr von Vieh und Fleisch läßt sich aus den vom kaiserlichen Statistischen Amt herausgegebenen Nachweisen über den auswärtigen Handel des deutschen Zollgebiets feststellen. Die bis jetzt darüber vorliegenden Zahlen reichen bis zum 1. September. Nehmen wir die Zahlen aus dem vergangenen Jahre, in welchem nicht über Fleischnoth geklagt wurde, zum Vergleich, so stellt sich in den ersten acht Monaten der Jahre 1897 und 1898 die Einfuhr von lebendem Vieh folgendermaßen:

Es wurden 1897 an Ochsen, Kühen und Stieren 78 477 Stück und 1898 deren 70 886 Stück importirt. Demnach wurden in den ersten acht Monaten dieses Jahres 7591 Stück weniger eingeführt als in dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.

An Jungvieh wurden im vorigen Jahre 46 416 und in diesem Jahre 38 242 Stück, also 8174 Stück weniger eingeführt.

Die Zahlen für Kälber stellen sich auf 11 209 im vorigen und auf 13 241 in diesem Jahre, also auf 2032 Stück mehr.

Die Schweine-Einfuhr betrug 61 026 im vorigen und 48 656 in diesem Jahre, blieb also um 12 370 Stück zurück.

Die Fleischeinfuhr stellt sich in den ersten acht Monaten des vorigen und dieses Jahres folgendermaßen:

1897 wurden an Rind- und Kalbfleisch 33 881 Doppelzentner, 1898 dagegen 89 591, also 55 710 Doppelzentner mehr, eingeführt. An Schweinefleisch (einschl. Wurst, Speck und Schinken) wurden 1897 189 370 Doppelzentner, 1898 388 210 Doppelzentner, also 198 840 Doppelzentner mehr, eingeführt.

Rechnet man das Fleischgewicht für Ochsen, Kühe und Stiere zu je 8 Zentner und das des Jungviehs zu je 6 Zentner, so repräsentiren die in den ersten acht Monaten dieses Jahres weniger eingeführten 7591 + 8174 = 15 765 Stück Rindvieh 109 772 Zentner oder 54 886 Doppelzentner Fleisch. Diese weniger eingeführte Menge von lebendem Vieh ist durch die 55 710 Doppelzentner betragende Mehreinfuhr von Rind- und Kalbfleisch mehr als gedeckt. Außerdem wurden noch 2032 Kälber mehr eingeführt.

Die weniger eingeführten 12 370 Schweine stellen, 1 Schwein zu 3 Zentner gerechnet, 18 555 Doppelzentner Schweinefleisch dar. Bringt man dies in Abzug von der 198 840 Doppelzentner betragenden Mehreinfuhr von Schweinefleisch und Schweinefleischwaaren, so bleibt im Ganzen gegen das Vorjahr noch ein Mehr von 180 285 Doppelzentnern, was einer Mehreinfuhr von 120 190 lebenden Schweinen zu je 3 Zentner gleichkommt.

Angesichts dieser Zunahme der Einfuhr von Fleisch- und Fleischwaaren, die besonders beim Schweinefleisch sehr bedeutend ist, kann von einer Fleischnoth in Deutschland nicht wohl die Rede sein. Die Einfuhr von lebendem Rindvieh ist aus Oesterreich-Ungarn und aus Dänemark gestattet; 200 Schlachthäuser haben die Berechtigung, österreichisch-ungarisches und dänisches Vieh zuzuführen. Wäre wirklich Noth an Rindvieh vorhanden, so würde die Einfuhr, der nichts im Wege steht, zweifellos eine größere sein. Auch geht aus den Marktberichten hervor, daß es thatsächlich nicht an lebendem Rindvieh mangelt. Bemerkenswerth ist in dieser Hinsicht der in Nr. 76 der „Deutschen Fleischer-Zeitung" vom 20. September datirte Bericht über den diesjährigen Auftrieb zu den großen Hufumer Fettviehmärkten. Es wird darin ein geringerer Auftrieb konstatirt, und dann heißt es:

„Die Ursache des geringeren Auftriebs ist wohl darin zu finden, daß noch vollauf Gras für das weitere Gedeihen des Viehes vorhanden ist. Außerdem hatte das Vieh in den letzten Wochen, wo es schönes, sonnige Tage gab, gutes Gedeihen. Man darf annehmen daß die Zahl der Vorjahre nicht nur erreicht, sondern möglicher Weise überschritten wird. Wenn der Gräser in diesem Jahre bessere Rechnung findet, so liegt das daran, daß er eben ein größeres Quantum Fleisch zu verkaufen hat, in Folge des besseren Gedeihens seines Viehes. Eine nennenswerthe Steigerung der Fleischpreise ist bis jetzt nicht eingetreten, doch ist das Geschäft im Ganzen bisher ein lebhaftes gewesen. Von einer Fleischtheuerung oder gar Fleischnoth ist hier keine Rede."

Dem entsprechend lauten auch die spätereu Berichte von den Hufumer Märkten wie z. B. folgender:

„Husum, den 28. September: Das Geschäft verlief äußerst flau, es bleibt ein großer Ueberstand. Zur Stunde (der Berichterstattung) waren nach amtlicher Aufzählung noch 808 Stück Hornvieh am Markt unverkauft."

Ebenso wenig lassen die Berichte des Städtischen Schlachtviehmarktes in Berlin einen Mangel an Rindvieh erkennen. Wir führen z. B. folgenden an:

„Berlin, den 1. Oktober: Zum Verkauf standen 4353 Rinder, 957 Kälber, 10 673 Schafe, 7156 Schweine. Das Rindergeschäft wickelte sich langsam ab und hinterläßt starken Ueberstand. Der Kälberhandel gestaltete sich langsam und wird kaum ganz ausverkauft. Bei den Schafen war der Geschäftsgang langsam, es bleibt erheblicher Ueberstand. Der Schweinemarkt verlief ruhig und wurde geräumt."

Was das Schweinefleisch betrifft, so könnte einem etwaigen Mangel ebenfalls durch Einfuhr abgeholfen werden. Alle Grenzen stehen dafür offen, mit alleiniger Ausnahme von Dänemark, Schweden-Norwegen und Rußland. Es ist Sache des Handels, für die nöthige Zufuhr zu sorgen, und nichts steht im Wege, daß er diese seine Aufgabe erfüllt. Auch ist ja, wie oben angeführt, die Einfuhr von Schweinefleisch in den ersten acht Monaten dieses Jahres bedeutend größer gewesen als im Vorjahre. Daß die Schweinezüchterei in Deutschland trotz der erhöhten Preise zurückgegangen sein sollte, ist nicht anzunehmen.

Was nun die Fleischpreise angeht, so ist zunächst zu konstatiren, daß der Großhandel-Preis nicht derartig gestiegen ist, daß sich daraus eine Fleischnoth beweisen ließe. Der Nachweis des kaiserlichen Statistischen Amtes reicht bis zum August d. J. und zeigt folgende Großhandelpreise für Berlin und München in Mark per 100 Kilogr.:

		Rinder	Kälber	Schweine
April	Berlin	107,80	116,40	104,20
	München	72,00		
Mai	Berlin	109,25	115,50	103,50
	München	70,00		
Juni	Berlin	112,00	119,00	104,75
	München	72,00		
Juli	Berlin	115,00	116,00	115,00
	München	73,00		
August	Berlin	119,75	118,50	117,75
	München	73,00		

Für die entsprechenden Monate des Vorjahres stellten sich die Preise:

		Rinder	Kälber	Schweine
1897 Januar	Berlin	100,40	103,20	99,20
	München	70,00		
Februar	Berlin	98,00	90,50	98,50
	München	70,00		
März	Berlin	98,75	93,00	97,50
	München	70,00		
April	Berlin	100,75	100,50	92,50
	München	70,00		
Mai	Berlin	99,60	100,80	91,20
	München	68,00		
Juni	Berlin	101,50	101,00	93,50
	München	70,00		
Juli	Berlin	117,00	114,00	107,20
	München	70,00		
August	Berlin	122,25	119,50	113,50
	München	76,00		

Zu den Zahlen für 1897 ist zu bemerken, daß die Preise für die ersten sechs Monate für Berlin in Bezug auf Rinder und Kälber um 8½ pCt. zu erhöhen sind. Die Preise wurden erst vom 1. Juli 1897 ab nach Schlachtgewicht notirt, während bis dahin das Fleischgewicht zur Berechnung diente.

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß der Großhandelpreis sich keineswegs zu einem abnormen gestaltet hat. Er ist für Juli und August theilweise sogar niedriger als im Vorjahre und hat sich sonst nicht wesentlich verändert.

Wenn sich demnach weder ein thatsächlicher Fleischmangel zeigt, noch die Großhandelpreise etwas wie „Fleischnoth" erkennen lassen, so ist andererseits nicht in Abrede zu stellen, daß die Fleischpreise für Schweinefleisch im Kleinhandel nicht unbedeutend gestiegen sind. Es dürfte indessen fraglich sein, ob die Höhe der gegenwärtigen Fleischpreise zum Theil nicht auch eine künstliche ist. Bei der Preisbildung kommt der Zwischenhandel wesentlich in Betracht. und wenn ein Vergleich der Kleinhandel- und Großhandelpreise zeigt, daß der Unterschied derselben unverhältnißmäßig groß ist, so wird dies wohl nicht zum Wenigsten auf die geschickte Benutzung der Sachlage seitens des Zwischenhandels zurückzuführen sein.

Daß das Fleischergewerbe die Einfuhr von Fleisch anstatt von lebendem Vieh nicht gern sieht, ist erklärlich. Die Fleischer erleiden in demselben Maße eine Einbuße an Arbeit und Verdienst, in welchem markfertiges Fleisch vom Ausland eingeführt wird, denn es geht ihnen die Arbeit des Schlachtens des Viehs und des Fleischzurichtens verloren. Darum sucht sich das Fleischergewerbe durch Festhalten an höheren Preisen, als durch Angebot und Nachfrage gerechtfertigt erscheint, schadlos zu halten, und schließt sich Denjenigen an, welche eine Aufhebung der noch in Kraft befindlichen Grenzsperren verlangen. Diese Forderung dürfte von gewissen an der Einfuhr betheiligten Interessenten künstlich gegen weiten, insofern die deutschen Regierungen in deren Erlaß anderweitige veterinär und gesundheitspolizeilicher Vorschriften gegen die Einfuhr lebenden Viehes eine Pflicht erblicken, deren Erfüllung dem Viehimport unbequeme Schranken zieht.

Vor der Hand darf an die Oeffnung aller Grenzen für die Einfuhr lebenden Viehes nicht gedacht werden. Es hat schwere Opfer gekostet, die Grundlage für die durch das Ausland verursachte Entseuchung unserer Viehbestände herzustellen, und es ist gelungen, für die Gesundheit derselben wieder einen besseren Stand zu erreichen. Eine Aufhebung der Schutzwehr gegen Einschleppung neuer Krankheitskeime in gegenwärtiger Zeit würde das deutsche Volk sehr schnell um das glücklich Erreichte bringen und dann wohl die Fleischnoth, von der heute in unbegründeter Weise so viel geredet wird, in Wahrheit herbeiführen.

Politischer Tagesbericht.

Heute Vormittag 10 Uhr hat im Marmorpalais in Potsdam eine Sitzung des **Kronraths** stattgefunden.

Der **Bundesrath** trat gestern wieder zu einer Plenarsitzung zusammen. Der stellvertretende Vorsitzende Staatssekretair Graf Posadowsky gedachte vor dem Eintritt in die Tagesordnung des Hinscheidens des Fürsten v. Bismarck, widmete ihm einen ehrenden Nachruf und theilte der Versammlung das seitens des Fürsten Herbert v. Bismarck eingegangene Dankschreiben mit. Dem Antrage Badens, betr. die Errichtung eines weiteren Schiedsgerichts für den Bezirk der badischen landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaft, und dem Ausschußantrage, betr. die Anwendbarkeit des § 12 Abs. 2 des Reichsstempelgesetzes, wurde die Zustimmung ertheilt, und die Uebersicht der Ergebnisse des Heeresergänzungsgeschäfts für 1897 zur Kenntniß genommen. Den zuständigen Ausschüssen wurden überwiesen: der Antrag Badens, betr. die Abänderung der Ausführungsvorschriften zu dem Gesetz über die Besteuerung des Tabacks vom 6. Juli 1879; die Vorlage, betr. die Abänderung der Ausführungsvorschriften zu dem Gesetz vom 10. Mai 1892 über die Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen eingezogenen Mannschaften; ebenso die Vorlage, betr. den Entwurf einer neuen Militairtransportordnung nebst zugehöriger Einführungsverordnung, und eines neuen Militairtarifs für Eisenbahnen. Schließlich wurde über eine Reihe von Eingaben Beschluß gefaßt.

Die Regierung der Republik **Bolivien**, welche bisher beim Deutschen Reiche nicht vertreten war, hat Herrn Francisco Argandoña zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Berlin ernannt. Herr Francisco Argandoña, welcher Bolivien auch in Paris und Petersburg vertritt, ist, wie an anderer Stelle gemeldet, vorgestern von Sr. Majestät dem Kaiser behufs Abgabe seines Beglaubigungsschreibens in Audienz empfangen worden. Da sich die Handelsbeziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Bolivien von Jahr zu Jahr ausdehnen, und viel deutsches Kapital in jenem Lande in Minen und anderen Unternehmungen angelegt ist, so wird eine diplomatische Vertretung Boliviens beim Deutschen Reiche den beiderseitigen Interessen gewiß förderlich sein. Herr Argandoña, der von seinem Sekretair, Herrn Dario Gutierrez, begleitet ist, benutzt seinen Berliner Aufenthalt zur Besichtigung öffentlicher Einrichtungen und gewerblicher Etablissements.

Im Verlaufe der gestrigen Debatte des **österreichischen Abgeordnetenhauses** über das Gesetz, betreffend die Erhöhung der Dienergehälter, gab der Finanzminister einige Erklärungen ab, woraus Nachstehendes hervorzuheben ist:

Die Regierung würde es mit Vergnügen begrüßen, wenn es möglich wäre, die Vorlage noch erfolgter Beschlußfassung sofort zur Allerhöchsten Sanktion zu unterbreiten; es sei jedoch unmöglich, ohne Geschlossung neuer Einnahmequellen abermals eine so hohe dauernde Belastungsposi ins Budget aufzunehmen. Die Kassenbestände seien wohl von 1888 bis 1897 von 128 auf 250 Millionen gestiegen, davon jedoch mindestens 70 Millionen durch die Valutaregulirung gefunden. Diese müsse endlich einmal durchgeführt werden. Die Regierung werde das Dienergesetz erst dann der Allerhöchsten Sanktion unterbreiten, wenn die antisemitische dem Hause eingebrachte Zuckerverschleißsteuer-Vorlage bewilligt werde. Die provisorische Verschleißsteuer bezwecke nichts Anderes, als für dreiviertel Jahre, vom Januar bis September, eine Zuckersteuer, welche einen integrirenden Bestandtheil der Ausgleichsvorlage bildet, zu antizipiren, sie werde für diesen Zeitraum Bedeckung für die Regulirung der Beamten- und Dienergehälter bieten. Der Minister schloß, wenn das Haus diese Steuer sofort bewillige, werde das Gesetz sofort fertig werden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Wie ferner aus Wien gemeldet wird, nahm die österreichische **Quotendeputation** den Antrag des Referenten Beer an, auf der Forderung von 38 pCt., das Präsipuum ausgenommen, zu bestehen. Der Finanzminister Dr. Kaizl stimmte dem Antrage zu. Der Beginn der gemeinsamen Verhandlungen zu Budapest ist noch nicht endgültig festgesetzt, wird jedoch wahrscheinlich am Montag erfolgen. Der Sitzung wohnte auch der Ministerpräsident Graf Thun bei.

Ueber den bisherigen Lebensgang und die politische Wirksamkeit des neuen österreichischen Handelsministers Freiherrn **v. Dipauli** entnehmen wir dem Wiener „Fremdenblatt" nachstehend einige Einzelheiten:

Josef Frhr. Dipauli v. Treuheim, Besitzer eines großen Weingutes in Kaltern (der „Kalterer" ist Tiroler Reisenden als guter Tropfen bekannt. Red.), wurde am 9. März 1844 geboren. Er diente im Tiroler Landesschützen-Bataillon Nr. 4, stand 1866 als Freiwilliger im Felde, trat 1870 in die päpstliche Armee, der er bis zur Einnahme Roms angehörte. In das politische Leben trat Frhr. v. Dipauli im Jahre 1877 ein, indem er an Stelle seines Vetters Anton Frhrn. Dipauli, welcher sein Mandat niederlegte, von dem Stadtwahlbezirk Bozen-Kaltern-Lienz in das Abgeordnetenhaus gewählt wurde, in welchem er mit der konservativen Partei stimmte. Im Jahre 1879 wurde er wiedergewählt. In der Session 1885 bis 1891 gehörte er dem Hause nicht an. Am 6. März 1891 entsendete ihn der Stadtwahlbezirk Brixen wieder in den Reichsrath. Bei der Reichsrathswahl im März 1897 wurde er von der allgemeinen Wählerklasse des zweiten Tiroler Wahlkreises (Bozen, Meran, Schlanders, Brixen, Sterzing, Bruneck, Lienz, Ampezzo) mit 466 von 470 abgegebenen Stimmen gewählt. Baron Dipauli war ein stets kampfbereiter Anhänger der klerikalen Partei und kam wiederholt mit dem gemäßigteren Theile des rechten Zentrums in Konflikt. Das erste Mal trat Baron Dipauli aus dem Hohenwart-Klub im Jahre 1881 bei dem Streite über die Behandlung Tirols bei der Gebäudesteuer aus und schloß sich dem Liechtenstein-Klub an. Im Jahre 1895 trat er gelegentlich der Debatten über die Auflösung des Wiener Gemeinderaths erneut aus dem Hohenwart-Klub aus und begründete den Klub der katholischen Volksparteі, dessen Obmann er bis zum heutigen Tage war. Vor einigen Monaten hat er seine Stelle als Mitglied der parlamentarischen Kommission der Rechten niedergelegt. Er wurde jedoch vom Klub wieder in dieselbe entsendet.

Zu der gestrigen Meldung, betreffend die **Kollektivnote der vier Mächte** zur Regelung der **kretischen Frage**, sei noch bemerkt, daß die Frist, innerhalb deren die vier Mächte die Insel durch die türkischen Truppen geräumt sehen möchten, in der Note auf vier Wochen angegeben ist.

Zu den Ereignissen auf **Kreta** selbst sind heute nachstehende Drahtberichte zu verzeichnen:

Paris, 6. Oktober. (Meldung der „Agence Havas".) Der französische, der russische und der italienische Admiral vor Kreta haben bei ihren Regierungen um Verstärkungen. Diese drei Mächte beschlossen, der Pforte nachzukommen. Frankreich wird 800 Mann mit 2 Geschützen abgehen lassen, ohne die Antwort des Sultans auf die Note der Mächte abzuwarten. England wird seine Verstärkungen entsenden, da es vor Kreta genügende Streitkräfte hat.

Rom, 7. Oktober. Wie „Effercito" meldet, wird sich in Kurzem eine große Anzahl Carabinieri nach Kreta begeben, da in Betreff der Neubildung der internationalen Gendarmerie beschlossen worden ist, daß dieselbe zur Hälfte aus Carabinieri bestehen soll, die in dieser Gendarmerie schon früher gute Dienste geleistet haben.

Kandia, 6. Oktober. Ein Bataillon Northumberland-Füsiliere ist aus Alexandria und eine Batterie Feldartillerie ist aus Malta heute hier angekommen.

Ueber die Lage in **Peking** sind wiederum verschiedene Meldungen zu verzeichnen, die im Einzelnen auf ihre Richtigkeit nicht zu prüfen sind. Zunächst hat das „Reuterschе Bureau" in London von der dortigen chinesischen Gesandtschaft die folgende, frühere Auslassungen theils ergänzende, theils berichtigende Mittheilung erhalten:

„Der chinesische Gesandte empfing ein Telegramm aus Peking. Es besagt, daß die größte Eintracht zwischen dem Kaiser und der Kaiserin-Wittwe herrscht. Die Letztere erkannte die schweren Gefahren, welche unvermeidlich entstehen mußten, wenn die durchgreifenden Reformen, welche man dem Kaiser angerathen hatte, zur Durchführung gelangten. Deshalb gab die Kaiserin-Wittwe ihre Zustimmung, daß unter Sr. Majestät die Wohlthat ihres Rathes in der Leitung der Angelegenheit und der Art und Weise der Einführung der nothwendigen Reformen zukommen zu lassen. Von den einschlüssen Rathgebern, welche den Kaiser zur Annahme ihrer Reformvorschläge gedrängt haben, sind drei hingerichtet worden, während zwei andere, Kang-Yu-Wei und Liang-Ki-Tschao, noch nicht verhaftet worden sind. Der Eine ist an Bord eines britischen, der Andere an Bord eines japanischen Schiffes geflüchtet. Li-Tuan-Heng, der Vizepräsident des Staatsrates, und Tschang-Yin-Huan, Vizepräsident des Finanzamtes und Mitglied des Tsungli-Yamens, sind zur Verbannung von Peking verurtheilt worden, weil sie sich in verschiedener Weise kompromittirt hatten. Seit seiner Entlassung aus dem Tsungli-Yamen hat Li-Hung-Tschang keinen Theil an den öffentlichen Angelegenheiten genommen. Es herrscht völlige Ruhe in Peking."

Sodann werden in einer Londoner Depesche von heute (Freitag) nachstehende Angaben übermittelt:

London, 7. Oktober. Wie die „Times" unterm 4. Oktober aus Peking meldet, ist die Wiedereinsetzung der Regentschaft eine vollendete Thatsache. Die Kaiserin-Wittwe empfängt täglich, neben dem Kaiser sitzend, die Minister, und zwar öffentlich und nicht, wie früher, hinter einem Schirm. Die Regierung hat einen mehr rückschrittlichen Charakter. Im Tsungli-Yamen befindet sich kein Mitglied, welches mit den auswärtigen Angelegenheiten Bescheid weiß. Das thätigste Mitglied ist Hsü-Jung-Yi, welcher erklärte, daß zum Vorsitzenden der frühere Gesandte in Rußland, Hsü-Tsching-Tscheng, ernannt werden solle. Die Russen begrüßen den Wechsel in der Regierung mit Freuden, da ihr Einfluß in Peking dadurch im Wachsen begriffen ist. Es ist jetzt bekannt, daß den unmittelbaren Anlaß zur Uebernahme der Regierungsgewalt durch die Kaiserin-Wittwe ein erwartetes Edikt abgab, durch welches den Beamten befohlen worden sollte, die Zöpfe abzuschneiden und europäische Kleidung anzulegen.

Endlich wird aus Peking selbst gemeldet:

Peking, 4. Oktober. (Meldung des „Reuterschen Bureaus".) Die Herbeirufung fremder Militairabtheilungen nach Peking hat hier in den amtlichen Kreisen Unbehagen hervorgerufen. Die drei hervorragendsten Mitglieder des Tsungli-Yamens statteten heute auf den Gesandtschaften Besuche ab und baten dort, die Befehle zur Entsendung von Truppen rückgängig zu machen, zugleich mit dem Hinweis, daß die Anwesenheit fremder Truppen möglicherweise die Bevölkerung erregen könnte. Vereinzelte Fälle von Ausschreitungen der chinesischen Bevölkerung gegenüber Europäern sind noch vorgekommen, doch wird denselben keine Bedeutung beigelegt. Es wird eine Proklamation erlassen werden, in der jede Chinese, welcher einen Europäer insultirt, mit Todesstrafe bedroht wird.

Peking, 5. Oktober. Die Gesandten der europäischen Mächte machten dem Tsungli-Yamen bekannt, sie erwarteten jegliche Erleichterung für den Truppentransport und verlangten hierzu die Gestellung von Sonderzügen.

In Verfolg der jüngsten Mittheilungen über die **Aufstandsbewegung** in der westchinesischen Provinz Szechuan ist folgender Pariser Drahtbericht von gestern zu erwähnen: Nach einer Depesche des „Journal des Débats" aus Tschung-King sind in der dortigen Gegend schwere Ruhestörungen ausgebrochen. Die Missionare wurden angegriffen und die Europäer sind bedroht. Die Lage in der Provinz Szechuan ist sehr ernst. Das Blatt spricht Angesichts dieser Lage seine Verwunderung darüber aus, daß das Marineministerium sich anschicke, einen Theil der ostasiatischen Schiffsdivision zurückzurufen.

Zu der gemeldeten Entsendung eines deutschen **Kriegsschiffes nach Taku** schreibt die „Kölnische Zeitung":

Der Nachricht von der Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes nach Taku wird von einigen Seiten eine wohl übertriebene Bedeutung beigelegt, und manche daran geknüpfte Betrachtungen schießen wohl über das Ziel hinaus, indeß werden, wenn man nun schon zu glauben scheint, daß die Möglichkeit einer kräftigen Einmischungspolitik näher gerückt sei. Daß Deutschland sich bei Taku durch ein Kriegsschiff vertreten läßt, und daß es gleich anderen Mächten Vorkehrungen trifft, um nöthigenfalls seiner diplomatischen Vertretung in Peking, sowie den Reichsangehörigen Schutz gewähren zu können, entspricht nur der Machtstellung, die das Reich in Ostasien einnimmt, und der Schutzverpflichtung, die aus ihr erwächst. Die Lage Chinas ist gewiß kritisch, aber gerade die Leichtigkeit, mit der die Beseitigung des Kaisers vorgenommen werden konnte, und das Ausbleiben jedes Widerstandes gegen diese Palastrevolution zeigt doch, daß es Zentren gibt, von denen sie sich ausgeübt werde, doch so stark ist, daß auch in schweren Zeiten nicht so leicht Alles drunter und drüber geben wird. Unerfreulich ist der Aufstand europäerfeindlicher Elemente, der anscheinend an Ausdehnung gewinnt, aber man darf nicht vergessen, daß solche Aufstände in der Provinz seit dem großen Taipingaufruhr keineswegs zu den Seltenheiten gehört haben, und daß es der chinesischen Regierung, wenn sie Gefahr ernst wurde, noch immer gelungen ist, sich aufzuraffen und den Unordnungen ein Ende zu machen. Wenn die Aufstände sich manchmal lange hin zögen, so lag das zumeist an den Provinzialbeamten, die nach oben hin den Wohlwollenden ernster Unruhen so lange als möglich ableugnen, weil sie befürchten, daß man sie persönlich für verantwortlich machen könne, was in China bekanntlich nicht immer auf sehr sanfte Weise geschieht. Was die Europäer betrifft, so wohnen sie mit Ausnahme der Missionare durchweg in Solchen Orten, die ohne besondere Mühe von den Flotten der Mächte geschützt werden können, und es ist nicht anzunehmen, daß sie ohne Noth Reisen wagen werden, sich an europäischen Truppen zu vergreifen. Sollten sie es doch thun, so ist der Ausgang eines solchen Kampfes kaum zweifelhaft. Es ist in dieser Beziehung nicht zu übersehen, daß die Mächte jetzt nicht nur über sehr starke Flottenkräfte in den ostasiatischen Gewässern verfügen, sondern daß auch England, Deutschland und Rußland in künftiger Zeit Landtruppen zur Stelle bringen können, die durchaus hinreichen, die Sicherheit der europäischen Niederlassungen zu verbürgen.

Wie in Sachen **Dreyfus** von gestern aus Paris gemeldet wird, ist der Rath am Kassationshof Bard zum Berichterstatter in der Angelegenheit der **Revision** ernannt worden. Bard hatte als Berichterstatter über die Beschwerde Picquarts scharf die Einstellung des Strafverfahrens gegen du Paty de Clam kritisirt.

Advokat Labori suchte abermals um die Erlaubniß nach, seinen Klienten Picquart besuchen zu dürfen, um ihm wegen des gegen ihn schwebenden Prozesses eine geheime und dringende Mittheilung zu machen. Sein Gesuch abgelehnt wurde, trotzdem er ein Schreiben an den Generalstaatsanwalt, in dem er Einspruch gegen die Verweigerung seines Gesuches erhebt und um Angabe von Mitteln und Wegen bittet, damit er nach den Bestimmungen des neuen Gesetzes über die Kriminaluntersuchung seinen Klienten besuchen könne. Gleichzeitig richtete er ein längeres Schreiben an den Kriegsminister, in dem er sein Ersuchen begründet durch den Hinweis auf die gesetzlichen Bestimmungen. Labori führt darin (wie der „Köln. Ztg." aus Paris gemeldet wird) zunächst aus, er habe sich bis jetzt vor der Militairjustiz gebeugt, aber gestern habe er von dem die Untersuchung führenden Offizier Lavernier gehört, daß die Untersuchung noch lange nicht beendet sei, und daß er noch mehreren Wochen mit Picquart wieder werde verkehren können. Er erklärt dann weiter, daß ihm auf Grund des neuen Gesetzes über die Kriminaluntersuchung vom 7. Dezember 1897 das Recht zustehe, mit Picquart im vorliegenden Falle in Verbindung zu treten, und fordert den Kriegsminister auf, diesen Gesetze Geltung zu verschaffen. Wenn wirklich die Militairgesetze in diesem Falle zuständig seien, so sei zu beobachten, daß die vollständige Abschließung Picquarts auch nach diesem Gesetze nur eine fakultative Maßregel sei. Zur Bekräftigung dessen weist er darauf hin, daß im Monat Dezember des vorigen Jahres Esterhazy während der ganzen Dauer der Untersuchung sich in Freiheit befand. Wenn, so schließt er, in Esterhazy's Militairsache gestattet, einen Angeklagten in Freiheit zu lassen, so muß sie noch viel mehr gestatten, daß der Angeklagte mit seinem Vertheidiger in Verbindung tritt.

Ueber den Fortgang des **Streiks der Pariser Bauarbeiter** wird uns aus Paris vom 6. Oktober des Näheren geschrieben:

Wie bereits gemeldet, ist die Haltung der Ausständigen in den letzten Tagen, da der Streik sich allmälig auf alle Baugewerke auszudehnen droht, eine drohende geworden. Der gestrige Tag besonders war durch zahlreiche, theilweise recht schwere Ausschreitungen charakterisirt. In sehr starken Banden überstelen die Streikenden die Bauplätze an den verschiedenen Punkten der Stadt, richteten auf ihnen große Verwüstungen an und zwangen die Arbeiter, die sich der Bewegung nicht angeschlossen hatten, mit ihnen zusammen weiter zu ziehen. Besonders schwer wurden die Bauplätze längs der Seinekais heimgesucht; dagegen gelang es den Banden nicht, in die Ausstellungsgelände und in den Bauplatz der Alexander III.-Brücke zu dringen, da hier die zahlreich aufgebotenen Polizeimannschaften ihre entschiedenlich unternommenen Angriffe energisch zurückzuweisen vermochten. Dagegen wurden die Linien der Wachmänner, die vor dem Tunnel der im Bau begriffenen unterirdischen Eisenbahnlinie Courcelles—Champ de Mars aufgestellt waren, durchbrochen, und die Streikenden drangen in die Arbeitsstätten, wo sie die Arbeiter verjagten, die Lampen zertrümmerten und die Aufzüge durchschnitten. Als die verschiedenen Züge der Ausständigen gegen Abend in die